

**D-01** Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 11.11.2019  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die türkische  
2 Regierung unter Präsident Erdoğan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine  
3 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin geschundenen  
4 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund der  
5 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu  
6 beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische  
7 Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im  
8 mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurdinnen und Kurden im eigenen  
9 Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig  
10 verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und  
11 der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen  
12 Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom  
13 IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er  
14 überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus,  
15 die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie  
16 ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.

17 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der türkische  
18 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der  
19 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von  
20 islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen begangen  
21 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und  
22 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere zivile  
23 Ziele. Zudem will Erdoğan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die  
24 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet  
25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen würden zu  
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur  
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.

28  
29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert sich die  
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer iranischen  
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.

32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-Kämpfern  
33 nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch. Medienberichten  
34 zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer aus der kurdischen Haft entkommen. Bisher hat  
35 sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS- Kämpfer und ihre

36 Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie schnellstmöglich in  
37 Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die Gefahr durch  
38 entkommene IS-Kämpfer auch innerhalb Europas in dieser chaotischen Situation nun größer  
39 geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den  
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der Bundesregierung  
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines  
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die Untersuchung und  
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die Bundesregierung nicht  
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland – konnte sich  
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische Regierung in  
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu  
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdoğan ermuntert, die Vertreibungen noch einmal  
49 auszuweiten.

50  
51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die türkische  
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach Moskau kann  
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen. Gerade  
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig, aber  
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine starke  
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im Agieren der  
58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch, wie  
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der humanitären  
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche Verteidigungsministerin mit  
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im Norden  
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und  
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische  
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die  
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag der  
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht durchdacht,  
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der Schutz  
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche Schutzzone  
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage ihres  
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine Erläuterung,  
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht  
72 werden solle – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des  
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die nordsyrische  
74 Region abzuschieben.

75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz  
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte kaum möglich  
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu machen, der  
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von Giftgas  
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne  
80 Zusammenarbeit mit Erdoğan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von Kurdinnen und  
81 Kurden und ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich  
82 - auch mit den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in einem  
83 Moment kriegerischer Eskalation durch ein Nato-Mitglied als politische Kraft präsentiert,  
84 die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe  
85 wäre es gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen und auf

86 eine Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül  
87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis und  
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend  
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt,  
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung auch  
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im Wert von  
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der Bundesregierung,  
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt werden  
95 könnten, kommt viel zu spät, ist völlig ungenügend und kein wirksames politisches Signal an  
96 die türkische Regierung. Denn bereits genehmigte, aber noch nicht gelieferte Waffen, können  
97 so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit Anfang 2018 wurden deutsche  
98 Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die Türkei im Wert von rund 2,6  
99 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die Bundesregierung hat, um die  
100 türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht genutzt. Wir Grüne erwarten  
101 von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im Umgang mit der türkischen  
102 Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker\*innen in der Türkei, von denen  
103 Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden, nicht alleine  
104 lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen  
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden  
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der  
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib zu  
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum Thema  
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden Versuch  
111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads  
112 verurteilt, verhindert.

113 Wir fordern:

- 114 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien sofort  
115 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 116 • Dass EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien öffentlich sowie bei den  
117 Vereinten Nationen als völkerrechtswidrig verurteilen.
- 118 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei bis zum vollständigen Abzug der  
119 türkischen Armee aus Nordsyrien für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch keinen  
120 Beistand erhält.
- 121 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das  
122 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass die YPG bzw. mit ihr  
123 verbündete Kräfte in ihren Gegenmaßnahmen keine Gewalt gegen Zivilisten in der Türkei  
124 und Nordsyrien einsetzen. YPG wie Peschmerga müssen den Flüchtlingen, die gerade aus  
125 Nordsyrien in den Richtung Nordirak flüchten, freies und sicheres Geleit gewähren.
- 126 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurdinnen und Kurden aus dem Norden  
127 Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess  
128 vertreten sind.
- 129 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der Grundlage  
130 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der internationale

- 131 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden Verbrechen in  
132 Syrien angemessen finanziert wird.
- 133 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen  
134 gegen Präsident Erdoğan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende Angehörige  
135 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das  
136 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund  
137 erlassen.
  - 138 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker\*innen der  
139 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit wiederherstellt.
  - 140 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr bei der  
141 Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht und ab  
142 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei  
143 weitergibt.
  - 144 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend stoppt,  
145 erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp an die  
146 Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an  
147 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
  - 148 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung  
149 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht genehmigten  
150 Anträge ablehnt.
  - 151 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung  
152 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpferinnen und –Kämpfer und ihre  
153 Familienangehörigen zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen  
154 Personen, die sich strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die  
155 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss sichergestellt  
156 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährderinnen und Gefährder bzw.  
157 relevante Personen nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.
  - 158 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-Deal  
159 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen  
160 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar gemacht  
161 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren Gunsten der  
162 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach  
163 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend  
164 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
  - 165 • Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU,  
166 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, rechtstaatliche  
167 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Mitgliedstaaten  
168 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten  
169 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht  
170 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen  
171 schaffen.
  - 172 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der politischen  
173 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann. Die  
174 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise im  
175 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders Frauen

176 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt  
177 werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne Freilassung  
178 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-  
179 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.

- 180 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige  
181 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung kann  
182 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer  
183 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter  
184 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteure sowie unter Wahrung  
185 des Völkerrechts erreicht werden.
- 186 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das  
187 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern.

188 Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent auf die  
189 Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

## Begründung der Dringlichkeit

Die jüngsten Entwicklungen in Nordsyrien, die sich zum Teil erst nach Antragschluss ergeben haben, in Verbindung mit Vorschlägen der deutschen Verteidigungsministerin zu einem möglichen Bundeswehreinsatz machen eine aktuelle Positionierung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nötig, um das völkerrechtswidrige Vorgehen des NATO-Partners Türkei klar zu verurteilen und unsere Sicht einer werte- und menschenrechtsgeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik im Fall Syriens darzulegen.

**D-03** Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische Einigkeit ist wichtiger denn je

Antragsteller\*in: Terry Reintke (KV Gelsenkirchen)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

- 1 Wir Grüne sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen Zusammenhalts. Umso
- 2 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen Wähler\*innen in
- 3 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.
- 4 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei
- 5 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt nach wie
- 6 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.
- 7 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-
- 8 Bürger\*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürgerinnen in der EU zu sichern,
- 9 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine Übergangsphase zu
- 10 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.
- 11 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel und
- 12 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte Grenze - also
- 13 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden in
- 14 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.
- 15 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den
- 16 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für Nordirland,
- 17 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das Sozial-,
- 18 Umwelt- und Steuereumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig ankündigen.
- 19 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine
- 20 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme
- 21 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen haben Anti-
- 22 Europäer\*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt, das die
- 23 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten und
- 24 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplattene Gesellschaft und das Klima
- 25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf, endlich
- 26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,
- 27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch Politiker\*innen, der
- 28 Presse oder einzelner Bürger\*innen, vorzugehen.
- 29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen
- 30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar 2020 gegen
- 31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das Austrittsdatum
- 32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments
- 33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann wieder Bewegung
- 34 in die vertrackte Situation kommen.

35 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen und große  
36 Risiken eingegangen.

37 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor - also eine  
38 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und Binnenmarktbestimmungen,  
39 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden würde.  
40 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht, dass  
41 Nordirland rechtlich Teil des UK Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU Zollunion ist.  
42 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der EU an  
43 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

44 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import  
45 die Gefahr einer Unterwanderung von EU Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für Nordirland  
46 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU umgesetzt  
47 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden, dass  
48 regelmäßige, unangekündigte EU Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle  
49 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen - genutzt  
50 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens wurde der  
51 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export von  
52 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum Beispiel  
53 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine Regelung  
54 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-  
55 Zollunion sieht.

56 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der Umwelt-  
57 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich eine  
58 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

59 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die  
60 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf hinwirken, dass  
61 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien nicht  
62 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen und  
63 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die zukünftigen  
64 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder auf die  
65 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine Abstriche  
66 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz für EU  
67 Bürger\*innen müssen dynamisch angepasst werden.

68 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den Frieden in  
69 Nordirland als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

70 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:  
71 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in weiteren  
72 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit finden  
74 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein  
75 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament, wie Johnson  
76 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir gemeinsam  
77 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische  
79 Bürger\*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen sind auf die  
80 Straße gegangen, um für Bürger\*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der Brexit-  
81 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.

82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger\*innenbewegung. Wir werden auch weiter diejenigen  
83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union  
84 kämpfen.

85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach diejenigen  
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU  
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger\*innen nicht aufgeben und weiter für sie und  
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.

## **Begründung der Dringlichkeit**

Der Vorschlag eines neuen Austrittsabkommens, der weitere Fahrplan des Rats und der britischen Regierung sind erst deutlich nach der Antragsfrist beschlossen worden. Diese Entwicklung mussten wir für diesen Antrag abwarten um diesen Antrag einzureichen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Franziska Brantner (KV Heidelberg); Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Niklas Hendrik Nienäb (KV Rostock); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Hannah Marie Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Daniel Freund (KV Aachen); Michael Bloss (KV Stuttgart); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Henrike Hahn (KV München); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Felix Lütke (KV Duisburg); Miriam Matz (KV Saalekreis); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Florian Siekmann (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Sascha Völkening (KV Göttingen); sowie 12 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



**D-04** Änderung der Tagesordnung: Klimaschutz bitte schon am Samstag auf die Tagesordnung!

Antragsteller\*in: Philipp Schmagold (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

- 1 Das Thema Klimaschutz soll laut bisherigem Vorschlag zur Tagesordnung erst am Sonntag
- 2 behandelt werden. Erfahrungsgemäß gibt es am Sonntag die geringste mediale Aufmerksamkeit
- 3 und es ist der Tag, an dem nach und nach auch die Delegierten abreisen.
- 4 Daher sollte unser Kernthema Klimaschutz, das in den nächsten Jahren unsere Gesellschaft wie
- 5 auch unsere Partei notwendigerweise stärker als alle anderen Themen prägen wird, einen
- 6 bedeutungsvolleren Platz auf unserer Tagesordnung bekommen. Angemessen wäre eine Behandlung
- 7 am Samstag, idealerweise direkt nach den Wahlen zum Bundesvorstand.

## Begründung der Dringlichkeit

Durch einen am 25.10. fristgerecht einereichten Änderungsantrag zur Tagesordnung und Überweisung mehrerer Satzungsanträge ergäbe sich, so diesem Änderungsantrag gefolgt wird, ein freies Zeitfenster am Samstag. Der Änderungsantrag wurde so knapp vor dem Fristende für Änderungsanträge eingereicht, dass eine Reaktion darauf erst nach Fristende für fristgerecht eingebrachte Änderungsanträge erfolgen konnte.

## Begründung

Mit unserem Kernthema Klimaschutz werden wir öffentlich besonders stark positiv verbunden und schneiden bei Wahlen erfreulich stark ab, weil wir zutreffend als sehr kompetent und authentisch wahrgenommen werden. Um diesen Anspruch auch im Rahmen des Bundesparteitages zu erfüllen, sollte dieses unfassbar wichtige Thema einen bedeutungsvolleren Platz auf der Tagesordnung erhalten. Denn es wird entscheidend sein, wie mutig wir Grüne uns bei dieser Frage positionieren und wie gut und wie schnell es uns danach gelingen wird, unsere Gesellschaft auf dem Weg in das klimaneutrale Zeitalter zu begleiten.

## weitere Antragsteller\*innen

Beatrice Paulsen (KV Hamm); Nico Paulus (Rastatt/Baden-Baden KV); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Felix Uthoff (KV Frankfurt); Judith Bogner (KV Mühldorf); Christoph Gerhards (KV Leipzig); Nabaha Ghanem (KV Soest); Kerstin Daser (KV Mühldorf); Tanja Frank (KV Soest); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Jan Hülsemann (KV Soest); Kurt Reuter (KV Stormarn); Stephan Wiese (KV Stormarn); Susanne Möller (KV Hamm); Gilbert Sieckmann-Joucken (KV Segeberg); Eveline Kuhnert (KV Günzburg); Bernd Gottwald (KV Soest); Dietmar Gosch (KV Stormarn); Cordula Ungruh (KV Soest); sowie 2 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**D-05** Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten

Antragsteller\*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.  
2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,  
3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch  
4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem  
5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz  
6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.  
7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht  
8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus  
9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns  
10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seenotretter\*innen und solidarisieren uns mit  
11 Menschen auf der Flucht.

12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. Trotz der  
13 Wahlkampfbekundungen, dass CDU und CSU sich für eine Europäische Seenotrettungsmission  
14 einsetzen würden, stimmten sie - wie auch Rechtskonservative und Rechtsradikale - gegen eine  
15 Haushaltlinie für die Seenotrettung und gegen eine Resolution, die sich für staatliche  
16 Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und Transparenz über Seenotrettungsfälle  
17 aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien, Malta, Frankreich und Deutschland  
18 auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten, war offenbar nur eine  
19 Pressekonferenz und keine Lösung.

20  
21 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die  
22 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,  
23 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete tage-  
24 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in  
25 Luft aufgelöst.

- 26 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die "Alan  
27 Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 28 • Horst Seehofer hat in der Asylpolitik leider weiter einmal zu oft 180-Grad-Wendungen  
29 hingelegt. Zuletzt forderte er kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung einen  
30 Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen  
31 Milizen
- 32 • Horst Seehofer tritt nun wieder für Grenzverfahren an den Außengrenzen ein statt für  
33 eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden, wie im Malta-Deal. Damit nimmt er in Kauf,  
34 dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen und Hafenschließungen durch  
35 Küstenstaaten verstetigt werden. Die konstruktive Rolle, die Deutschland in den  
36 letzten Monaten eingenommen hat, schwindet damit dahin.

- 37 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta gezielt  
38 libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach  
39 Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht  
40 und europäische Werte.

41 **Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:**

- 42 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung durch alle politischen Ebenen gefüllt wird.  
43 Wenn es keine Europäische Seenotrettung gibt, wenn die deutsche Bundesregierung keine  
44 Seenotrettungsschiffe schickt, dann müssen eben die Bundesländer Schiffe schicken. Es  
45 ist eine Frage des politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das  
46 auch auf dem Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende  
47 Menschen jedes Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen  
48 ideell unterstützen, sondern selbst aktiv zu werden. **Deswegen fordern wir, dass**  
49 **Bundesländer Seenotrettungsschiffe ins Mittelmeer schicken oder**  
50 **Seenotrettungsorganisationen unterstützen.**
- 51 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte  
52 Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei  
53 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu können und**  
54 **von dort aus zu operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen Europäischen  
55 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht  
56 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen werden.  
57 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in den  
58 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für libysche Küstenwache reden.  
59 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht werden,  
60 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollte im Sinne des internationalen Rechts  
61 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um Rettungsaktionen  
62 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen  
63 verzögert werden.
- 64 3. ... **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen Außengrenzen ankommen**  
65 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine schnelle Verteilung  
66 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und unwürdige  
67 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die  
68 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Externalisierung von Lagern, Pre-  
69 Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen oder Auffang- und  
70 Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem müssen die Spielräume**  
71 **zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten Regionen, Bundesländern und Kommunen**  
72 **genutzt und erweitert werden,** so lange es keinen funktionierenden Verteilmechanismus  
73 für Geflüchtete in Europa gibt. Insbesondere die politisch motivierte Weigerung des  
74 Bundesinnenministeriums die Länder-Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des  
75 §23(1) Aufenthaltsgesetz zu nutzen, greift unzulässig in den gesetzlichen Spielraum  
76 der Bundesländer ein.
- 77 4. ... **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir fordern die Ausweitung den  
78 Resettlement und Relocationprogrammen, aber auch Landesaufnahmeprogramme. Die  
79 Möglichkeit der Kommunen und Bundesländer, eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen  
80 aufzunehmen sollten deutlich verbessert werden. Die Drangsalierung des  
81 Familiennachzugs durch die Regierung ist ein Skandal, der schnell beendet werden muss.  
82 Doch auch auf dem Festland müssen wir endlich die politischen Möglichkeiten nutzen, um  
83 Menschenrechte zu verteidigen. Wer systematisch Menschenrechte verletzt, muss die  
84 Folgen zu spüren bekommen. So lange Europäische Staaten wie Kroatien an ihren

85 Außengrenzen Menschen und ihre Menschenrechte buchstäblich mit Füßen treten, können  
86 sie kein Teil des Schengen-Systems sein.

87 5. ... **die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird**, so lange ihre  
88 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen in den Ort  
89 zurückbringen, aus dem sie grad fliehen mussten. Im Gegensatz zu Hilfsorganisationen  
90 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für  
91 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung gibt es an Bord  
92 der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. Außerdem fordern wir die  
93 Suspendierung der Zahlungen an die libysche Regierung, so lange dort nicht entschieden  
94 gegen Gefangenenlager, willkürliche Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei  
95 vorgegangen wird. Denn auch diese Zustände treiben Menschen auf die lebensgefährliche  
96 Flucht nach Europa.

## Begründung der Dringlichkeit

Nach der Frist für eigenständige Anträge gab es verschiedene Ereignisse, die die Behandlung des Antrags auf dieser BDK notwendig machen:

1. Ist die Malta-Einigung vom 23. September gescheitert, bevor sie in Kraft war. Noch immer müssen Rettungsschiffe ewig auf sichere Häfen warten und Schiffe dürfen nicht
2. Mitte Oktober wurde dokumentiert, dass Malta Pushbacks aus der eigenen Seenotrettungszone nach Libyen organisiert.
3. Ende Oktober wurde das Schiff Alan Kurdi von libyschen Milizen bei einer Rettungsaktion bedroht, es wurden Warnschüsse abgegeben
4. Horst Seehofer hat nach der Antragsfrist wieder eine Wendung hingelegt und setzt sich nun für geschlossene Lager an den Außengrenzen und einen Verhaltenskodex für Seenotrettungs-NGOs ein, obwohl Fehlverhalten bei EU-Mitgliedsstaaten und libyschen Milizen tagtäglich ist, während die NGOs gesetzeskonform Menschenleben retten.

Diese Punkte machen eine schnelle Reaktion nötig.

## weitere Antragsteller\*innen

Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Gorden Isler (KV Hamburg-Eimsbüttel); Patrick Schiffer (KV Düsseldorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Alexandra Geese (KV Bonn); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Henrike Hahn (KV München); Sascha Schießl (Hannover RV); Fabian Wagner (KV Mainz); Benita v. Brackel-Schmidt (KV Flensburg); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Michael Bloss (KV Stuttgart); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 20 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

**D-06** JA zu schnellerem und besserem Klimaschutz – NEIN zum Abbau von Bürgerrechten und zur Beschneidung der Beteiligungsrechte von Umwelt- und Naturschutzverbänden

Antragsteller\*in: Eckhard Bock (KV Berlin-Treptow/Köpenick)  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen möge beschließen:
- 2 1. B90/Die Grünen lehnen die Beschneidung der Rechte der Bürger und der Umwelt- und  
3 Naturschutzverbände im Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und  
4 Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und im Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von  
5 Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich entschieden ab
- 6 2. Die Landesverbände von B90/Die Grünen werden dringend gebeten, diesen Gesetzen und  
7 folgenden Maßnahmegesetzen im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern.
- 8 3. Die Bundestagsfraktion von B90/Die Grünen wird dringend gebeten, diesen Gesetzen und  
9 folgenden Maßnahmegesetzen im Bundestag die Zustimmung zu verweigern.
- 10 4. B90/Die Grünen fordern die Bundesregierung auf,
- 11 • eine rasche und vollständige Digitalisierung aller Verfahrensschritte von der Planung,  
12 über die Genehmigung bis hin zum Bau einer Infrastrukturmaßnahme herbeizuführen,
- 13 • für eine rasche Aufstockung der Planungs-, Genehmigungs- und Baukapazitäten für den  
14 Aus/Neubau von Infrastrukturmaßnahmen zu sorgen,
- 15 • für eine rechtzeitige Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen sowie eine  
16 verzögerungsfreie Bereitstellung von Finanzmitteln zu sorgen,
- 17 • eine Evaluation von Planungs- und Bauprozessen durchzuführen und notwendige  
18 strukturelle Veränderungen auf Vorhabenträgerseite zu erreichen,
- 19 um den Zeitbedarf für Erstellung von Infrastrukturmaßnahmen auch ohne die Beschneidung der  
20 Rechte der Bürger und der Umwelt- und Naturschutzverbände drastisch kürzen zu können.

## Begründung der Dringlichkeit

Das Bundeskabinett hat am 6. November – und damit nach Ablauf der regulären Antragsfrist zur BDK - zwei Beschleunigungsgesetze beschlossen, mit denen die Planung und Genehmigung von Infrastrukturvorhaben beschleunigt werden soll.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/kabinettsitzungen/themen-im-bundeskabinett-ergebnisse-1688840>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/planungsbeschleunigungsgesetz-1688878>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/genehmigungen-beschleunigen-1688872>

Mit dem Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz - MgvG)

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0501-0600/0579-19.html>

und dem Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0501-0600/0582-19.html>

soll eine Verfahrensbeschleunigung durch die Wiedereinführung der Präklusion (verspätete Einwendungen bleiben unberücksichtigt) und einer Maßnahmengenehmigung durch Gesetz erreicht werden, d.h. durch die Streichung von Beteiligungsrechten von Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie durch Eliminierung einer verwaltungsgerichtlichen Kontrolle von Genehmigungsentscheidungen. Damit soll die Aarhus-Konvention und die Rechtsprechung des EuGH unterlaufen werden.

Die Entwürfe beider Gesetze wurden bereits dem Bundesrat zugeleitet und sollen beschleunigt behandelt werden. Beide Gesetze verletzen grundlegende grüne Grundsätze. Mit einer kurzfristigen klaren Positionierung der BDK besteht noch die Chance, diese Gesetze abzuwenden.

## Begründung

Begründung:

1. B90/Die Grünen ist eine Partei für die Sicherung und Stärkung von Bürgerrechten, aber nicht für deren Abbau und Schwächung. Im Grundsatzprogramm 2002 von B90/Die Grünen <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Grundsatzprogramm-2002.pdf>

heißt es u.a.

„Unsere Ziele sind die Stärkung des liberalen Rechtsstaates als Inbegriff von Freiheits- und Bürgerrechten, der Ausbau der Bürgerbeteiligung, .... und neue Wege der demokratischen Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft.“

„Die Qualität unserer Demokratie beruht dabei nicht zuletzt auf dem Engagement der Bürgerrechts- und Demokratiebewegungen in Ost und West, in dem eine Wurzel unserer Partei liegt.“

„Eine moderne Bürgerrechtspartei muss die Rechte der Bürgerinnen und Bürger nicht nur gegen Zugriffe des Staates verteidigen und schützen, sondern auch gegenüber mächtigen nichtstaatlichen wirtschaftlichen Akteuren sichern.“

„Bündnisgrüne Politik steht in der Tradition des Rechtsstaatsliberalismus, in der den Freiheits- und Verfahrensrechten ein hoher Rang zukommt. Die Freiheits- und Bürgerrechte sichern als Abwehrrechte gegen den Staat die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.“

Grüne Grundüberzeugungen sind weder verhandelbar, noch verkäuflich.

1. Die Gesetzesvorhaben werden von nahezu allen Natur- und Umweltschutzverbänden entschieden abgelehnt:

<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-wer-sich-nicht-an-umweltrecht-halten-moechte-schraenkt-das-klagerecht-ein/>  
<https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/politik/weser-vertiefung-klage-verbot-100.html>  
<https://www.naturfreunde.de/finger-weg-von-der-verbandsklage-fuer-natur-und-umweltschutzverbaende>  
<https://www.dnr.de/presse/pressemitteilungen/pm-2019/genehmigungsbeschleunigung/>  
<https://www.ufu.de/stellungnahme-zum-gesetzesentwurf-zur-vorbereitung-der-schaffung-von-baurecht-durch-massnahmengesetz-im-verkehrsbereich/>  
[https://www.ufu.de/wp-content/uploads/2016/10/Stellungnahme\\_DNR\\_UfU\\_DUH\\_Genehmigungsbeschleunigungsgesetz\\_10-2019.pdf](https://www.ufu.de/wp-content/uploads/2016/10/Stellungnahme_DNR_UfU_DUH_Genehmigungsbeschleunigungsgesetz_10-2019.pdf)  
<https://www.nabu.de/news/2018/07/24831.html>

1. Auch von unabhängigen Juristen, grünen Politikern und Bloggern werden schwere Bedenken gegen Scheuers Gesetze geäußert:

<https://verfassungsblog.de/rechtsschutz-gegen-verkehrsprojekte-als-stoerfaktor-einer-politik-der-maximalen-beschleunigung/>  
<https://www.mittelbayerische.de/politik-nachrichten/bahnausbau-kommen-anlieger-zu-kurz-21771-art1845759.html>  
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=56213>

1. Das BMVI wird durch das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Maßnahmengesetz zu ändern. Das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz ist ein Trojanisches Pferd, durch nachträgliche Änderung der Projektliste kann das BMVI jederzeit die Voraussetzung schaffen, damit auch andere Infrastrukturvorhaben wie Straßen, Autobahnen, Flughäfen, Kraftwerke und andere industrielle Anlagen per Maßnahmegesetz beschlossen werden.
2. Das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (1991), die Verkehrsmaßnahmengesetze (1993), das Gesetz zur Beschleunigung von Planverfahren zu Infrastrukturvorhaben (2006), das Planungsvereinheitlichungsgesetz (2013), das Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz (2018) sowie die beiden jetzigen Gesetzesentwürfe sind von der Vorstellung geleitet, dass sich die Planung, die Genehmigung und der Bau eines Projekts allein dadurch beschleunigen ließe, indem den Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden ihre Rechte nimmt.

Wie wenig effektiv die „Beschleunigungsgesetzgebung“ ist, zeigt sich beispielhaft an den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit, die im Jahr 1991 vom Bundestag beschlossen wurden: viele Projekte wurden verspätet realisiert oder sind auch bis heute, nach mehr als 25 Jahren, noch nicht fertig.

Im Verkehrsinvestitionsbericht 2016

[https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/verkehrsinvestitionsbericht-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/verkehrsinvestitionsbericht-2016.pdf?__blob=publicationFile)

sind zahlreiche Gründe für Projektverzögerungen detailliert aufgelistet, von verzögert abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarungen, Bauzeiten von über 15 Jahre bis zu verspätetem Baubeginn bis zu 10 Jahren nach rechtskräftigem Planfeststellungsbeschluss.

Der Europäische Rechnungshof hat in seinem Sonderbericht über das europäische Hochgeschwindigkeitsschienennetz (TEN-T)

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR19\\_06/SR\\_High\\_Speed\\_Rail\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR19_06/SR_High_Speed_Rail_DE.pdf)

den Planern ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt:

„Seit dem Jahr 2000 hat die EU 23,7 Milliarden Euro in Infrastruktur für den Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr investiert. Statt eines realistischen langfristigen EU-Plans für den Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr gibt es einen unwirksamen Flickenteppich aus Strecken der einzelnen Mitgliedstaaten. Diese sind nicht gut miteinander verknüpft, weil die Europäische Kommission nicht über die rechtlichen Instrumente oder Befugnisse verfügt, um die Mitgliedstaaten dazu zu zwingen, die vereinbarten Strecken zu bauen... Die Nachhaltigkeit ist gering, den Investitionen fehlt es an Wirksamkeit, und der EU-Mehrwert ist bei drei von sieben fertiggestellten Strecken mit geringen Fahrgastzahlen gefährdet. So besteht ein hohes Risiko, dass EU-Kofinanzierungsmittel in Höhe von 2,7 Milliarden Euro unwirksam verwendet werden.“

1. Das Argument der Beschleunigung des Klimaschutzes durch diese Gesetze wird von der GroKo als ungläubwürdige Ausrede mißbraucht, um einen Kahlschlag bei den Mitwirkungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten von Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden durchzuführen. Verfahrensbeschleunigung

ist aber auch ohne Beschneidung von Rechten möglich. Dazu hat der z.B. BUND ein Konzept vorgelegt: [https://www.stephankuehn.com/fileadmin/user\\_upload/180604\\_Dr\\_Werner\\_Reh\\_BUND\\_Vorschlaege\\_Oeffentlich\\_Zur\\_Beschleunigung\\_Verbesserung\\_und\\_Legitimation\\_von\\_Planungen.pdf](https://www.stephankuehn.com/fileadmin/user_upload/180604_Dr_Werner_Reh_BUND_Vorschlaege_Oeffentlich_Zur_Beschleunigung_Verbesserung_und_Legitimation_von_Planungen.pdf)

### **weitere Antragsteller\*innen**

Susanne Höpler (KV Ebersberg); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Reinhard Oellerer (KV Ebersberg); Angie Weber-Streibl (KV Böblingen); Tanja Paschek (KV Rhein-Hunsrück); Helga Stieglmeier (KV Erding); Joachim Schätzle (KV Böblingen); Andreas Roll (KV Rhein-Hunsrück); Thomas Mütze (KV Aschaffenburg-Stadt); Ulli Frank-Mayer (KV Erding); Petra Herter (KV Böblingen); Hans-Michael Fürst (KV Dahme-Spreewald); Cornelia Epple (KV Böblingen); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Anke Remus (KV Ebersberg); Stefan Brandes (KV Oder-Spree); Helmut Obermaier (KV Ebersberg); Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald); sowie 3 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.



**V-51 (D-03)** Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische Einigkeit ist wichtiger denn je

Antragsteller\*in: Terry Reintke (KV Gelsenkirchen)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Wir Grüne sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen Zusammenhalts. Umso  
2 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen Wähler\*innen in  
3 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.
- 4 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei  
5 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt nach wie  
6 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.
- 7 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-  
8 Bürger\*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürgerinnen in der EU zu sichern,  
9 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine Übergangsphase zu  
10 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.
- 11 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel und  
12 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte Grenze - also  
13 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden in  
14 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.
- 15 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den  
16 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für Nordirland,  
17 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das Sozial-,  
18 Umwelt- und Steuerdumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig ankündigen.
- 19 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine  
20 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme  
21 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen haben Anti-  
22 Europäer\*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt, das die  
23 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten und  
24 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplattene Gesellschaft und das Klima  
25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf, endlich  
26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,  
27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch Politiker\*innen, der  
28 Presse oder einzelner Bürger\*innen, vorzugehen.
- 29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen  
30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar 2020 gegen  
31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das Austrittsdatum  
32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments  
33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann wieder Bewegung  
34 in die vertrackte Situation kommen.

35 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen und große  
36 Risiken eingegangen.

37 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor - also eine  
38 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und Binnenmarktbestimmungen,  
39 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden würde.  
40 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht, dass  
41 Nordirland rechtlich Teil des UK Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU Zollunion ist.  
42 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der EU an  
43 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

44 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import  
45 die Gefahr einer Unterwanderung von EU Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für Nordirland  
46 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU umgesetzt  
47 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden, dass  
48 regelmäßige, unangekündigte EU Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle  
49 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen - genutzt  
50 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens wurde der  
51 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export von  
52 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum Beispiel  
53 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine Regelung  
54 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-  
55 Zollunion sieht.

56 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der Umwelt-  
57 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich eine  
58 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

59 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die  
60 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf hinwirken, dass  
61 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien nicht  
62 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen und  
63 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die zukünftigen  
64 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder auf die  
65 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine Abstriche  
66 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz für EU  
67 Bürger\*innen müssen dynamisch angepasst werden.

68 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den Frieden in  
69 Nordirland als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

70 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:  
71 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in weiteren  
72 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit finden  
74 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein  
75 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament, wie Johnson  
76 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir gemeinsam  
77 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische  
79 Bürger\*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen sind auf die  
80 Straße gegangen, um für Bürger\*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der Brexit-  
81 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.

82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger\*innenbewegung. Wir werden auch weiter diejenigen  
83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union  
84 kämpfen.

85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach diejenigen  
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU  
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger\*innen nicht aufgeben und weiter für sie und  
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.

## **Begründung der Dringlichkeit**

Der Vorschlag eines neuen Austrittsabkommens, der weitere Fahrplan des Rats und der britischen Regierung sind erst deutlich nach der Antragsfrist beschlossen worden. Diese Entwicklung mussten wir für diesen Antrag abwarten um diesen Antrag einzureichen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Franziska Brantner (KV Heidelberg); Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Hannah Marie Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Daniel Freund (KV Aachen); Michael Bloss (KV Stuttgart); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Henrike Hahn (KV München); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Felix Lütke (KV Duisburg); Miriam Matz (KV Saalekreis); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Florian Siekmann (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Sascha Völkening (KV Göttingen); sowie 12 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## Beschluss

Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische Einigkeit ist wichtiger denn je

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Wir GRÜNE sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen Zusammenhalts. Umso  
2 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen Wähler\*innen in  
3 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.

4 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei  
5 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt nach wie  
6 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.

7 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-  
8 Bürger\*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürger\*innen in der EU zu sichern,  
9 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine Übergangsphase zu  
10 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.

11 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel und  
12 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte Grenze - also  
13 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden in  
14 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.

15 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den  
16 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für Nordirland,  
17 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das Sozial-,  
18 Umwelt- und Steuerdumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig ankündigen.

19 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine  
20 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme  
21 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen haben Anti-  
22 Europäer\*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt, das die  
23 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten und  
24 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplattene Gesellschaft und das Klima  
25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf, endlich  
26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,  
27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch Politiker\*innen, der  
28 Presse oder einzelner Bürger\*innen, vorzugehen.

29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen  
30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar 2020 gegen  
31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das Austrittsdatum  
32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments  
33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann wieder Bewegung  
34 in die vertrackte Situation kommen.

35 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen und große  
36 Risiken eingegangen.

37 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor - also eine  
38 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und Binnenmarktbestimmungen,  
39 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden würde.  
40 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht, dass  
41 Nordirland rechtlich Teil des UK- Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU-Zollunion ist.  
42 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der EU an  
43 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

44 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import  
45 die Gefahr einer Unterwanderung von EU-Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für Nordirland  
46 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU umgesetzt  
47 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden, dass  
48 regelmäßige, unangekündigte EU-Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle  
49 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen - genutzt  
50 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens wurde der  
51 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export von  
52 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum Beispiel  
53 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine Regelung  
54 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-  
55 Zollunion sieht.

56 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der Umwelt-  
57 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich eine  
58 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

59 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die  
60 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf hinwirken, dass  
61 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien nicht  
62 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen und  
63 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die zukünftigen  
64 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder auf die  
65 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine Abstriche  
66 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz für EU  
67 Bürger\*innen müssen dynamisch angepasst werden.

68 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den Frieden in  
69 Nordirland, als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

70 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:  
71 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in weiteren  
72 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit finden  
74 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein  
75 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament, wie Johnson  
76 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir gemeinsam  
77 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische  
79 Bürger\*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen sind auf die  
80 Straße gegangen, um für Bürger\*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der Brexit-  
81 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.

82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger\*innenbewegung. Wir werden auch weiter diejenigen  
83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union  
84 kämpfen.

85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach diejenigen  
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU  
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger\*innen nicht aufgeben und weiter für sie und  
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.

## Begründung der Dringlichkeit

...

## Beschluss (vorläufig)

Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische Einigkeit ist wichtiger denn je

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Wir Grüne sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen Zusammenhalts. Umso
- 2 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen Wähler\*innen in
- 3 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.
- 4 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei
- 5 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt nach wie
- 6 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.
- 7 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-
- 8 Bürger\*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürgerinnen in der EU zu sichern,
- 9 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine Übergangsphase zu
- 10 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.
- 11 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel und
- 12 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte Grenze - also
- 13 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden in
- 14 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.
- 15 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den
- 16 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für Nordirland,
- 17 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das Sozial-,
- 18 Umwelt- und Steuereumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig ankündigen.
- 19 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine
- 20 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme
- 21 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen haben Anti-
- 22 Europäer\*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt, das die
- 23 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten und
- 24 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplattene Gesellschaft und das Klima
- 25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf, endlich
- 26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,
- 27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch Politiker\*innen, der
- 28 Presse oder einzelner Bürger\*innen, vorzugehen.
- 29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen
- 30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar 2020 gegen
- 31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das Austrittsdatum
- 32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments
- 33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann wieder Bewegung
- 34 in die vertrackte Situation kommen.

35 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen und große  
36 Risiken eingegangen.

37 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor - also eine  
38 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und Binnenmarktbestimmungen,  
39 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden würde.  
40 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht, dass  
41 Nordirland rechtlich Teil des UK Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU Zollunion ist.  
42 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der EU an  
43 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

44 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import  
45 die Gefahr einer Unterwanderung von EU Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für Nordirland  
46 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU umgesetzt  
47 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden, dass  
48 regelmäßige, unangekündigte EU Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle  
49 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen - genutzt  
50 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens wurde der  
51 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export von  
52 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum Beispiel  
53 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine Regelung  
54 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-  
55 Zollunion sieht.

56 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der Umwelt-  
57 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich eine  
58 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

59 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die  
60 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf hinwirken, dass  
61 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien nicht  
62 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen und  
63 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die zukünftigen  
64 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder auf die  
65 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine Abstriche  
66 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz für EU  
67 Bürger\*innen müssen dynamisch angepasst werden.

68 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den Frieden in  
69 Nordirland als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

70 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:  
71 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in weiteren  
72 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit finden  
74 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein  
75 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament, wie Johnson  
76 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir gemeinsam  
77 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische  
79 Bürger\*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen sind auf die  
80 Straße gegangen, um für Bürger\*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der Brexit-  
81 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.



82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger\*innenbewegung. Wir werden auch weiter diejenigen  
83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union  
84 kämpfen.

85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach diejenigen  
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU  
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger\*innen nicht aufgeben und weiter für sie und  
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.

## Begründung der Dringlichkeit

**V-52 (D-01)** Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 11.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die türkische  
2 Regierung unter Präsident Erdoğan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine  
3 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin geschundenen  
4 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund der  
5 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu  
6 beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische  
7 Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im  
8 mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurdinnen und Kurden im eigenen  
9 Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig  
10 verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und  
11 der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen  
12 Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom  
13 IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er  
14 überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus,  
15 die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie  
16 ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.

17 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der türkische  
18 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der  
19 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von  
20 islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen begangen  
21 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und  
22 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere zivile  
23 Ziele. Zudem will Erdoğan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die  
24 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet  
25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen würden zu  
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur  
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.

28  
29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert sich die  
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer iranischen  
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.

32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-Kämpfern  
33 nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch. Medienberichten  
34 zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer aus der kurdischen Haft entkommen. Bisher hat  
35 sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS- Kämpfer und ihre  
36 Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie schnellstmöglich in

37 Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die Gefahr durch  
38 entkommene IS-Kämpfer auch innerhalb Europas in dieser chaotischen Situation nun größer  
39 geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den  
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der Bundesregierung  
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines  
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die Untersuchung und  
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die Bundesregierung nicht  
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland – konnte sich  
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische Regierung in  
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu  
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdoğan ermuntert, die Vertreibungen noch einmal  
49 auszuweiten.

50  
51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die türkische  
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach Moskau kann  
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen. Gerade  
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig, aber  
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine starke  
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im Agieren der  
58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch, wie  
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der humanitären  
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche Verteidigungsministerin mit  
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im Norden  
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und  
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische  
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die  
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag der  
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht durchdacht,  
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der Schutz  
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche Schutzzone  
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage ihres  
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine Erläuterung,  
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht  
72 werden solle – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des  
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die nordsyrische  
74 Region abzuschieben.

75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz  
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte kaum möglich  
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu machen, der  
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von Giftgas  
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne  
80 Zusammenarbeit mit Erdoğan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von Kurdinnen und  
81 Kurden und ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich  
82 - auch mit den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in einem  
83 Moment kriegerischer Eskalation durch ein Nato-Mitglied als politische Kraft präsentiert,  
84 die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe  
85 wäre es gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen und auf  
86 eine Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül

87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis und  
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend  
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt,  
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung auch  
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im Wert von  
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der Bundesregierung,  
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt werden  
95 könnten, kommt viel zu spät, ist völlig ungenügend und kein wirksames politisches Signal an  
96 die türkische Regierung. Denn bereits genehmigte, aber noch nicht gelieferte Waffen, können  
97 so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit Anfang 2018 wurden deutsche  
98 Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die Türkei im Wert von rund 2,6  
99 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die Bundesregierung hat, um die  
100 türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht genutzt. Wir Grüne erwarten  
101 von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im Umgang mit der türkischen  
102 Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker\*innen in der Türkei, von denen  
103 Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden, nicht alleine  
104 lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen  
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden  
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der  
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib zu  
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum Thema  
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden Versuch  
111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads  
112 verurteilt, verhindert.

113 Wir fordern:

- 114 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien sofort  
115 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 116 • Dass EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien öffentlich sowie bei den  
117 Vereinten Nationen als völkerrechtswidrig verurteilen.
- 118 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei bis zum vollständigen Abzug der  
119 türkischen Armee aus Nordsyrien für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch keinen  
120 Beistand erhält.
- 121 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das  
122 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass die YPG bzw. mit ihr  
123 verbündete Kräfte in ihren Gegenmaßnahmen keine Gewalt gegen Zivilisten in der Türkei  
124 und Nordsyrien einsetzen. YPG wie Peschmerga müssen den Flüchtlingen, die gerade aus  
125 Nordsyrien in den Richtung Nordirak flüchten, freies und sicheres Geleit gewähren.
- 126 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurdinnen und Kurden aus dem Norden  
127 Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess  
128 vertreten sind.
- 129 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der Grundlage  
130 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der internationale  
131 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden Verbrechen in  
132 Syrien angemessen finanziert wird.

- 133 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen  
134 gegen Präsident Erdoğan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende Angehörige  
135 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das  
136 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund  
137 erlassen.
- 138 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker\*innen der  
139 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit wiederherstellt.
- 140 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr bei der  
141 Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht und ab  
142 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei  
143 weitergibt.
- 144 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend stoppt,  
145 erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp an die  
146 Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an  
147 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- 148 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung  
149 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht genehmigten  
150 Anträge ablehnt.
- 151 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung  
152 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpferinnen und –Kämpfer und ihre  
153 Familienangehörigen zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen  
154 Personen, die sich strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die  
155 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss sichergestellt  
156 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährderinnen und Gefährder bzw.  
157 relevante Personen nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.
- 158 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-Deal  
159 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen  
160 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar gemacht  
161 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren Gunsten der  
162 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach  
163 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend  
164 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 165 • Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU,  
166 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, rechtstaatliche  
167 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Mitgliedstaaten  
168 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten  
169 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht  
170 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen  
171 schaffen.
- 172 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der politischen  
173 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann. Die  
174 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise im  
175 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders Frauen  
176 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt  
177 werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne Freilassung

- 178 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-  
179 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
- 180 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige  
181 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung kann  
182 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer  
183 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter  
184 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteure sowie unter Wahrung  
185 des Völkerrechts erreicht werden.
  - 186 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das  
187 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern.
- 188 Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent auf die  
189 Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

## Begründung der Dringlichkeit

Die jüngsten Entwicklungen in Nordsyrien, die sich zum Teil erst nach Antragsschluss ergeben haben, in Verbindung mit Vorschlägen der deutschen Verteidigungsministerin zu einem möglichen Bundeswehreinsatz machen eine aktuelle Positionierung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nötig, um das völkerrechtswidrige Vorgehen des NATO-Partners Türkei klar zu verurteilen und unsere Sicht einer werte- und menschenrechtsgeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik im Fall Syriens darzulegen.

## Beschluss

Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen –  
Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter\*innen bestrafen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die türkische  
2 Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine  
3 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin geschundenen  
4 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund der  
5 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilist\*innen sind zu beklagen. Der  
6 Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische Bevölkerung. Die  
7 türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im mehrheitlich kurdischen  
8 Norden Syriens zu verändern, die Kurd\*innen im eigenen Land zu schwächen und damit den  
9 türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig verschärft auch der US-Präsident  
10 mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und der Region. Mit dem plötzlichen  
11 Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen Kräften, die sich dem IS  
12 maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom IS kontrollierten Gebiete  
13 zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er überlässt sie damit ihrem  
14 Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus, die Seite an Seite mit  
15 islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie ausgerechnet in die Arme des  
16 syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.

17 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der türkische  
18 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der  
19 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von  
20 islamistischen Milizen, die allesamt - wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen begangen  
21 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und  
22 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere zivile  
23 Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die  
24 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet  
25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen würden zu  
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur  
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.

28  
29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert sich die  
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer iranischen  
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.

32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-  
33 Kämpfer\*innen nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch.  
34 Medienberichten zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer\*innen aus der kurdischen Haft  
35 entkommen. Bisher hat sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS-

36 Kämpfer\*innen und ihre Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie  
37 schnellstmöglich in Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die  
38 Gefahr durch entkommene IS-Kämpfer\*innen auch innerhalb Europas in dieser chaotischen  
39 Situation nun größer geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den  
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der Bundesregierung  
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines  
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die Untersuchung und  
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die Bundesregierung nicht  
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland – konnte sich  
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische Regierung in  
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu  
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdogan ermuntert, die Vertreibungen noch einmal  
49 auszuweiten.

50  
51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die türkische  
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach Moskau kann  
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen. Gerade  
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig, aber  
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine starke  
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im Agieren der  
58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch, wie  
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der humanitären  
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche Verteidigungsministerin mit  
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im Norden  
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und  
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische  
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die  
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag der  
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht durchdacht,  
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der Schutz  
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche Schutzzone  
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage ihres  
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine Erläuterung,  
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht  
72 werden solle – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des  
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die nordsyrische  
74 Region abzuschieben.

75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz  
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte kaum möglich  
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu machen, der  
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von Giftgas  
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne  
80 Zusammenarbeit mit Erdogan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von Kurd\*innen und  
81 ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich - auch mit  
82 den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in einem Moment  
83 kriegerischer Eskalation durch ein NATO-Mitglied als politische Kraft präsentiert, die mehr  
84 mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe wäre es  
85 gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen und auf eine



86 Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül  
87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis und  
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend  
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt,  
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung auch  
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im Wert von  
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der Bundesregierung,  
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt werden  
95 könnten, kommt viel zu spät, ist reine Symbolpolitik und ermutigt Präsident Erdogan, seine  
96 verantwortungslose Politik ohne Risiko fortzusetzen. Denn bereits genehmigte, aber noch  
97 nicht gelieferte Waffen, können so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit  
98 Anfang 2018 wurden deutsche Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die  
99 Türkei im Wert von rund 2,6 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die  
100 Bundesregierung hat, um die türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht  
101 genutzt. Wir GRÜNE erwarten von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im  
102 Umgang mit der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker\*innen in der  
103 Türkei, von denen Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden,  
104 nicht alleine lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen  
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden  
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der  
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib zu  
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum Thema  
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden Versuch  
111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads  
112 verurteilt, verhindert.

113

114 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen den völkerrechtswidrigen und durch nichts zu  
115 rechtfertigenden Angriff der türkischen Regierung und verbündeter islamistischer Milizen  
116 gegen Teile der autonomen kurdischen Selbstverwaltungszone in Syrien.

117 Wir fordern:

- 118 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien sofort  
119 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 120 • Dass die Bundesregierung sowie EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien  
121 öffentlich und auf allen Ebenen als völkerrechtswidrig verurteilen, inklusive der  
122 Vereinten Nationen.
- 123 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch  
124 keinen Beistand erhält und eine Feststellung des Bündnisfalls auf der Grundlage des  
125 NATO-Vertrags somit ausgeschlossen ist.
- 126 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das  
127 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass alle Beteiligten  
128 keine Gewalt gegen Zivilist\*innen ausüben, weder in Nordsyrien, noch in der Türkei  
129 noch anderswo. Menschen, die gerade aus Nordsyrien in Richtung Nordirak flüchten, muss  
130 freies und sicheres Geleit gewährt werden.

- 131 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurd\*innen aus dem Norden Syriens  
132 umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess vertreten  
133 sind und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien erhalten bleibt.
- 134 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der Grundlage  
135 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der internationale  
136 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden Verbrechen in  
137 Syrien angemessen finanziert wird.
- 138 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen  
139 gegen Präsident Erdogan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende Angehörige  
140 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das  
141 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund  
142 erlassen.
- 143 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker\*innen der  
144 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit wiederherstellt.
- 145 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr bei der  
146 Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht und ab  
147 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei  
148 weitergibt.
- 149 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend stoppt,  
150 erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp an die  
151 Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an  
152 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- 153 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung  
154 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht genehmigten  
155 Anträge ablehnt.
- 156 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung  
157 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpfer\*innen und ihre Familienangehörigen  
158 zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen Personen, die sich  
159 strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die  
160 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss sichergestellt  
161 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährder\*innen bzw. relevante Personen  
162 nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.
- 163 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-Deal  
164 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen  
165 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar gemacht  
166 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren Gunsten der  
167 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abrechnen. Deren Versorgung nach  
168 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend  
169 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 170 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU,  
171 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, rechtsstaatliche  
172 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Mitgliedstaaten  
173 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper\*innen an der Not von Geflüchteten  
174 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht  
175 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen  
176 schaffen.

- 177
- 178
- 179
- 180
- 181
- 182
- 183
- 184
- 185
- 186
- 187
- 188
- 189
- 190
- 191
- 192
- 193
- 194
- 195
- Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der politischen Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann. Die EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise im Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders Frauen müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne Freilassung der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
  - Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteur\*innen sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.
  - Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das syrische Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend beenden.
  - Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent auf die Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

## Begründung der Dringlichkeit

...

## Beschluss (vorläufig)

Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen –  
Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die türkische  
2 Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine  
3 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin geschundenen  
4 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund der  
5 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu  
6 beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische  
7 Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im  
8 mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurdinnen und Kurden im eigenen  
9 Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig  
10 verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und  
11 der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen  
12 Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom  
13 IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er  
14 überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus,  
15 die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie  
16 ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.
- 17 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der türkische  
18 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der  
19 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von  
20 islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen begangen  
21 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und  
22 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere zivile  
23 Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die  
24 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet  
25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen würden zu  
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur  
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.
- 28
- 29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert sich die  
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer iranischen  
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.
- 32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-Kämpfern  
33 nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch. Medienberichten  
34 zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer aus der kurdischen Haft entkommen. Bisher hat

35 sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS- Kämpfer und ihre  
36 Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie schnellstmöglich in  
37 Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die Gefahr durch  
38 entkommene IS-Kämpfer auch innerhalb Europas in dieser chaotischen Situation nun größer  
39 geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den  
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der Bundesregierung  
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines  
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die Untersuchung und  
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die Bundesregierung nicht  
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland – konnte sich  
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische Regierung in  
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu  
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdogan ermuntert, die Vertreibungen noch einmal  
49 auszuweiten.

50  
51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die türkische  
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach Moskau kann  
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen. Gerade  
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig, aber  
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine starke  
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im Agieren der  
58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch, wie  
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der humanitären  
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche Verteidigungsministerin mit  
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im Norden  
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und  
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische  
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die  
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag der  
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht durchdacht,  
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der Schutz  
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche Schutzzone  
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage ihres  
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine Erläuterung,  
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht  
72 werden solle – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des  
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die nordsyrische  
74 Region abzuschieben.

75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz  
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte kaum möglich  
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu machen, der  
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von Giftgas  
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne  
80 Zusammenarbeit mit Erdogan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von Kurdinnen und  
81 Kurden und ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich  
82 - auch mit den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in einem  
83 Moment kriegerischer Eskalation durch ein Nato-Mitglied als politische Kraft präsentiert,  
84 die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe

85 wäre es gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen und auf  
86 eine Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül  
87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis und  
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend  
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt,  
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung auch  
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im Wert von  
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der Bundesregierung,  
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt werden  
95 könnten, kommt viel zu spät, ist reine Symbolpolitik und ermutigt Präsident Erdogan, seine  
96 verantwortungslose Politik ohne Risiko fortzusetzen. Denn bereits genehmigte, aber noch  
97 nicht gelieferte Waffen, können so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit  
98 Anfang 2018 wurden deutsche Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die  
99 Türkei im Wert von rund 2,6 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die  
100 Bundesregierung hat, um die türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht  
101 genutzt. Wir Grüne erwarten von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im  
102 Umgang mit der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker\*innen in der  
103 Türkei, von denen Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden,  
104 nicht alleine lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen  
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden  
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der  
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib zu  
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum Thema  
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden Versuch  
111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads  
112 verurteilt, verhindert.

113

114 Bündnis 90/Die Grünen verurteilen den völkerrechtswidrigen und durch nichts zu  
115 rechtfertigenden Angriff der türkischen Regierung und verbündeter islamistischer Milizen  
116 gegen Teile der autonomen kurdischen Selbstverwaltungszone in Syrien.

117 Wir fordern:

- 118 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien sofort  
119 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 120 • Dass die Bundesregierung sowie EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien  
121 öffentlich und auf allen Ebenen als völkerrechtswidrig verurteilen, inklusive der  
122 Vereinten Nationen.
- 123 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch  
124 keinen Beistand erhält und eine Feststellung des Bündnisfalls auf der Grundlage des  
125 NATO-Vertrags somit ausgeschlossen ist.
- 126 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das  
127 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass alle Beteiligten  
128 keine Gewalt gegen Zivilist\*innen ausüben, weder in Nordsyrien, noch in der Türkei  
129 noch anderswo. Menschen, die gerade aus Nordsyrien in Richtung Nordirak flüchten, muss  
130 freies und sicheres Geleit gewährt werden.

- 131 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurdinnen und Kurden aus dem Norden  
132 Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess  
133 vertreten sind und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien  
134 erhalten bleibt.
- 135 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der Grundlage  
136 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der internationale  
137 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden Verbrechen in  
138 Syrien angemessen finanziert wird.
- 139 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen  
140 gegen Präsident Erdogan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende Angehörige  
141 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das  
142 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund  
143 erlassen.
- 144 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker\*innen der  
145 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit wiederherstellt.
- 146 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr bei der  
147 Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht und ab  
148 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei  
149 weitergibt.
- 150 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend stoppt,  
151 erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp an die  
152 Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an  
153 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- 154 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung  
155 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht genehmigten  
156 Anträge ablehnt.
- 157 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung  
158 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpferinnen und –Kämpfer und ihre  
159 Familienangehörigen zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen  
160 Personen, die sich strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die  
161 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss sichergestellt  
162 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährderinnen und Gefährder bzw.  
163 relevante Personen nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.
- 164 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-Deal  
165 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen  
166 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar gemacht  
167 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren Gunsten der  
168 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach  
169 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend  
170 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 171 • Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU,  
172 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, rechtstaatliche  
173 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Mitgliedstaaten  
174 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten  
175 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht

- 176 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen  
177 schaffen.
- 178 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der politischen  
179 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann. Die  
180 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise im  
181 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders Frauen  
182 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt  
183 werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne Freilassung  
184 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-  
185 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
  - 186 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige  
187 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung kann  
188 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer  
189 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter  
190 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteure sowie unter Wahrung  
191 des Völkerrechts erreicht werden.
  - 192 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das  
193 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das syrische  
194 Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend beenden.
  - 195 • Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent auf  
196 die Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.



**V-54 (D-05)** Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten

Antragsteller\*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.  
2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,  
3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch  
4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem  
5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz  
6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.  
7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht  
8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus  
9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns  
10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seenotretter\*innen und solidarisieren uns mit  
11 Menschen auf der Flucht.

12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. Trotz der  
13 Wahlkampfbekundungen, dass CDU und CSU sich für eine Europäische Seenotrettungsmission  
14 einsetzen würden, stimmten sie - wie auch Rechtskonservative und Rechtsradikale - gegen eine  
15 Haushaltlinie für die Seenotrettung und gegen eine Resolution, die sich für staatliche  
16 Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und Transparenz über Seenotrettungsfälle  
17 aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien, Malta, Frankreich und Deutschland  
18 auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten, war offenbar nur eine  
19 Pressekonferenz und keine Lösung.

20  
21 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die  
22 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,  
23 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete tage-  
24 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in  
25 Luft aufgelöst.

- 26 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die "Alan  
27 Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 28 • Horst Seehofer hat in der Asylpolitik leider weiter einmal zu oft 180-Grad-Wendungen  
29 hingelegt. Zuletzt forderte er kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung einen  
30 Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen  
31 Milizen
- 32 • Horst Seehofer tritt nun wieder für Grenzverfahren an den Außengrenzen ein statt für  
33 eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden, wie im Malta-Deal. Damit nimmt er in Kauf,  
34 dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen und Hafenschließungen durch  
35 Küstenstaaten verstetigt werden. Die konstruktive Rolle, die Deutschland in den  
36 letzten Monaten eingenommen hat, schwindet damit dahin.

- In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta gezielt libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht und europäische Werte.

#### Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:

1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung durch alle politischen Ebenen gefüllt wird. Wenn es keine Europäische Seenotrettung gibt, wenn die deutsche Bundesregierung keine Seenotrettungsschiffe schickt, dann müssen eben die Bundesländer Schiffe schicken. Es ist eine Frage des politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende Menschen jedes Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell unterstützen, sondern selbst aktiv zu werden. **Deswegen fordern wir, dass Bundesländer Seenotrettungsschiffe ins Mittelmeer schicken oder Seenotrettungsorganisationen unterstützen.**
2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu können und von dort aus zu operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen werden. Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in den Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für libysche Küstenwache reden. Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht werden, insbesondere die Schiffe im Umfeld sollte im Sinne des internationalen Rechts schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um Rettungsaktionen einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen verzögert werden.
3. ... **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen Außengrenzen ankommen und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine schnelle Verteilung kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und unwürdige Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Externalisierung von Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen oder Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem müssen die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten Regionen, Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden,** so lange es keinen funktionierenden Verteilmechanismus für Geflüchtete in Europa gibt. Insbesondere die politisch motivierte Weigerung des Bundesinnenministeriums die Länder-Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1) Aufenthaltsgesetz zu nutzen, greift unzulässig in den gesetzlichen Spielraum der Bundesländer ein.
4. ... **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir fordern die Ausweitung den Resettlement und Relocationprogrammen, aber auch Landesaufnahmeprogramme. Die Möglichkeit der Kommunen und Bundesländer, eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich verbessert werden. Die Drangsalierung des Familiennachzugs durch die Regierung ist ein Skandal, der schnell beendet werden muss. Doch auch auf dem Festland müssen wir endlich die politischen Möglichkeiten nutzen, um Menschenrechte zu verteidigen. Wer systematisch Menschenrechte verletzt, muss die Folgen zu spüren bekommen. So lange Europäische Staaten wie Kroatien an ihren

85 Außengrenzen Menschen und ihre Menschenrechte buchstäblich mit Füßen treten, können  
86 sie kein Teil des Schengen-Systems sein.

87 5. ... **die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird**, so lange ihre  
88 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen in den Ort  
89 zurückbringen, aus dem sie grad fliehen mussten. Im Gegensatz zu Hilfsorganisationen  
90 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für  
91 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung gibt es an Bord  
92 der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. Außerdem fordern wir die  
93 Suspendierung der Zahlungen an die libysche Regierung, so lange dort nicht entschieden  
94 gegen Gefangenenlager, willkürliche Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei  
95 vorgegangen wird. Denn auch diese Zustände treiben Menschen auf die lebensgefährliche  
96 Flucht nach Europa.

## Begründung der Dringlichkeit

Nach der Frist für eigenständige Anträge gab es verschiedene Ereignisse, die die Behandlung des Antrags auf dieser BDK notwendig machen:

1. Ist die Malta-Einigung vom 23. September gescheitert, bevor sie in Kraft war. Noch immer müssen Rettungsschiffe ewig auf sichere Häfen warten und Schiffe dürfen nicht
2. Mitte Oktober wurde dokumentiert, dass Malta Pushbacks aus der eigenen Seenotrettungszone nach Libyen organisiert.
3. Ende Oktober wurde das Schiff Alan Kurdi von libyschen Milizen bei einer Rettungsaktion bedroht, es wurden Warnschüsse abgegeben
4. Horst Seehofer hat nach der Antragsfrist wieder eine Wendung hingelegt und setzt sich nun für geschlossene Lager an den Außengrenzen und einen Verhaltenskodex für Seenotrettungs-NGOs ein, obwohl Fehlverhalten bei EU-Mitgliedsstaaten und libyschen Milizen tagtäglich ist, während die NGOs gesetzeskonform Menschenleben retten.

Diese Punkte machen eine schnelle Reaktion nötig.

## weitere Antragsteller\*innen

Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Gorden Isler (KV Hamburg-Eimsbüttel); Patrick Schiffer (KV Düsseldorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Alexandra Geese (KV Bonn); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Henrike Hahn (KV München); Sascha Schießl (Hannover RV); Fabian Wagner (KV Mainz); Benita v. Brackel-Schmidt (KV Flensburg); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Michael Bloss (KV Stuttgart); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 20 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

## Beschluss

Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.  
2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,  
3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch  
4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem  
5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz  
6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.  
7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht  
8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus  
9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns  
10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter\*innen und solidarisieren uns  
11 mit Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU und CSU  
13 stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltslinie für die Seenotrettung und gegen eine  
14 Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und  
15 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien,  
16 Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten,  
17 brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenminister\*innen blockiert.  
18
- 19 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die  
20 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,  
21 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete tage-  
22 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in  
23 Luft aufgelöst.
- 24 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die “Alan  
25 Kurdi”, deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
  - 26 • Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung  
27 einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen  
28 Milizen
  - 29 • Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des Malta-  
30 Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den  
31 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit nehmen er  
32 und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen  
33 und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.

- 34 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedstaat Malta gezielt  
35 libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach  
36 Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht  
37 und europäische Werte.

38 **Deswegen setzen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns dafür ein, dass:**

- 39 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine Frage des  
40 politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem  
41 Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende Menschen jedes  
42 Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu  
43 unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein europäisch  
44 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen. **Solange sollen**  
45 **die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven Beitrag zur**  
46 **Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten Unterstützung prüfen.**
- 47 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte  
48 Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei  
49 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu können und**  
50 **von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen Europäischen  
51 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht  
52 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen werden.  
53 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in den  
54 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche Küstenwache reden.  
55 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht werden,  
56 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen Rechts  
57 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um Rettungsaktionen  
58 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen  
59 verzögert werden.
- 60 3. ... **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen Außengrenzen ankommen**  
61 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine schnelle Verteilung  
62 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und unwürdige  
63 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die  
64 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den Außengrenzen Europas  
65 müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen werden.  
66 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und gemeinschaftlich  
67 vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung dieser wichtigen  
68 grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und Flüchtlingsaufnahme  
69 ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische  
70 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.  
71 Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt. Externalisierung von  
72 Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen sowie  
73 Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem müssen**  
74 **die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten Regionen,**  
75 **Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden.** Dafür sollen die Länder-  
76 Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1) Aufenthaltsgesetzes ausgenutzt  
77 werden.
- 78 4. ... **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten eine Ausweitung der  
79 Resettlement- und Relocationprogramme, aber auch der Landesaufnahmeprogramme. Die EU-  
80 Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten Resettlement-  
81 Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle Asylrecht wird

82 dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung gegenüber  
83 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus UN-  
84 Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen wir die  
85 Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder grundrechtskonform ermöglichen  
86 und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und Bundesländer,  
87 eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich verbessert  
88 werden.

89 5. **...der Schengen-Kodex eingehalten wird.** Völkerrechtlich unzulässige Zurückweisungen  
90 von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU nicht weiter  
91 akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den  
92 innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit  
93 gewährleistet werden.

94 6. **... die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,** so lange ihre  
95 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort  
96 zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu Hilfsorganisationen  
97 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für  
98 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch die EU gibt  
99 es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In Libyen selbst  
100 sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt, mit  
101 Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei. Die  
102 Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten für die  
103 Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.

## Begründung der Dringlichkeit

...

## Beschluss (vorläufig)

Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.  
2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,  
3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch  
4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem  
5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz  
6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.  
7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht  
8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus  
9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns  
10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter\*innen und solidarisieren uns  
11 mit Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU und CSU  
13 stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltslinie für die Seenotrettung und gegen eine  
14 Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und  
15 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien,  
16 Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten,  
17 brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenministern blockiert.  
18
- 19 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die  
20 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,  
21 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete tage-  
22 und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in  
23 Luft aufgelöst.
- 24 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die "Alan  
25 Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
  - 26 • Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung  
27 einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen  
28 Milizen
  - 29 • Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des Malta-  
30 Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den  
31 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit nehmen er  
32 und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen  
33 und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.

- 34 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta gezielt  
35 libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach  
36 Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht  
37 und europäische Werte.

38 **Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:**

- 39 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine Frage des  
40 politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem  
41 Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende Menschen jedes  
42 Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu  
43 unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein europäisch  
44 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen. **Solange sollen**  
45 **die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven Beitrag zur**  
46 **Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten Unterstützung prüfen.**  
47 .
- 48 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte  
49 Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei  
50 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu können und**  
51 **von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen Europäischen  
52 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht  
53 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen werden.  
54 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in den  
55 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche Küstenwache reden.  
56 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht werden,  
57 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen Rechts  
58 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um Rettungsaktionen  
59 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen  
60 verzögert werden.
- 61 3. ... **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen Außengrenzen ankommen**  
62 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine schnelle Verteilung  
63 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und unwürdige  
64 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die  
65 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den Außengrenzen Europas  
66 müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen werden.  
67 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und gemeinschaftlich  
68 vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung dieser wichtigen  
69 grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und Flüchtlingsaufnahme  
70 ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische  
71 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.  
72 Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt. Externalisierung von  
73 Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen sowie  
74 Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem müssen**  
75 **die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten Regionen,**  
76 **Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden.** Dafür sollen die Länder-  
77 Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1) Aufenthaltsgesetzes ausgenutzt  
78 werden.
- 79 4. ... **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten eine Ausweitung der  
80 Resettlement und Relocationprogramme, aber auch der Landesaufnahmeprogramme. Die EU-  
81 Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten Resettlement-



82 Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle Asylrecht wird  
83 dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung gegenüber  
84 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus UN-  
85 Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen wir die  
86 Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder grundrechtskonform ermöglichen  
87 und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und Bundesländer,  
88 eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich verbessert  
89 werden.

90 5. **...der Schengen-Kodex eingehalten wird.** Völkerrechtlich unzulässige Zurückweisungen  
91 von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU nicht weiter  
92 akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den  
93 innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit  
94 gewährleistet werden.

95 6. **... die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,** so lange ihre  
96 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort  
97 zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu Hilfsorganisationen  
98 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für  
99 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch die EU gibt  
100 es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In Libyen selbst  
101 sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt, mit  
102 Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei. Die  
103 Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten für die  
104 Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.

**V-55 (D-06)** JA zu schnellerem und besserem Klimaschutz – NEIN zum Abbau von Bürgerrechten und zur Beschneidung der Beteiligungsrechte von Umwelt- und Naturschutzverbänden

Antragsteller\*in: Eckhard Bock (KV Berlin-Treptow/Köpenick)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen möge beschließen:
- 2 1. B90/Die Grünen lehnen die Beschneidung der Rechte der Bürger und der Umwelt- und  
3 Naturschutzverbände im Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und  
4 Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und im Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von  
5 Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich entschieden ab
- 6 2. Die Landesverbände von B90/Die Grünen werden dringend gebeten, diesen Gesetzen und  
7 folgenden Maßnahmegesetzen im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern.
- 8 3. Die Bundestagsfraktion von B90/Die Grünen wird dringend gebeten, diesen Gesetzen und  
9 folgenden Maßnahmegesetzen im Bundestag die Zustimmung zu verweigern.
- 10 4. B90/Die Grünen fordern die Bundesregierung auf,
- 11 • eine rasche und vollständige Digitalisierung aller Verfahrensschritte von der Planung,  
12 über die Genehmigung bis hin zum Bau einer Infrastrukturmaßnahme herbeizuführen,
  - 13 • für eine rasche Aufstockung der Planungs-, Genehmigungs- und Baukapazitäten für den  
14 Aus/Neubau von Infrastrukturmaßnahmen zu sorgen,
  - 15 • für eine rechtzeitige Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen sowie eine  
16 verzögerungsfreie Bereitstellung von Finanzmitteln zu sorgen,
  - 17 • eine Evaluation von Planungs- und Bauprozessen durchzuführen und notwendige  
18 strukturelle Veränderungen auf Vorhabenträgerseite zu erreichen,
- 19 um den Zeitbedarf für Erstellung von Infrastrukturmaßnahmen auch ohne die Beschneidung der  
20 Rechte der Bürger und der Umwelt- und Naturschutzverbände drastisch kürzen zu können.

## Begründung der Dringlichkeit

Das Bundeskabinett hat am 6. November – und damit nach Ablauf der regulären Antragsfrist zur BDK - zwei Beschleunigungsgesetze beschlossen, mit denen die Planung und Genehmigung von Infrastrukturvorhaben beschleunigt werden soll.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/kabinettsitzungen/themen-im-bundeskabinett-ergebnisse-1688840>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/planungsbeschleunigungsgesetz-1688878>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/genehmigungen-beschleunigen-1688872>

Mit dem Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz - MgvG)

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0501-0600/0579-19.html>

und dem Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0501-0600/0582-19.html>

soll eine Verfahrensbeschleunigung durch die Wiedereinführung der Präklusion (verspätete Einwendungen bleiben unberücksichtigt) und einer Maßnahmengenehmigung durch Gesetz erreicht werden, d.h. durch die Streichung von Beteiligungsrechten von Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie durch Eliminierung einer verwaltungsgerichtlichen Kontrolle von Genehmigungsentscheidungen. Damit soll die Aarhus-Konvention und die Rechtsprechung des EuGH unterlaufen werden.

Die Entwürfe beider Gesetze wurden bereits dem Bundesrat zugeleitet und sollen beschleunigt behandelt werden. Beide Gesetze verletzen grundlegende grüne Grundsätze. Mit einer kurzfristigen klaren Positionierung der BDK besteht noch die Chance, diese Gesetze abzuwenden.

## Begründung

Begründung:

1. B90/Die Grünen ist eine Partei für die Sicherung und Stärkung von Bürgerrechten, aber nicht für deren Abbau und Schwächung. Im Grundsatzprogramm 2002 von B90/Die Grünen <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Grundsatzprogramm-2002.pdf>

heißt es u.a.

„Unsere Ziele sind die Stärkung des liberalen Rechtsstaates als Inbegriff von Freiheits- und Bürgerrechten, der Ausbau der Bürgerbeteiligung, .... und neue Wege der demokratischen Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft.“

„Die Qualität unserer Demokratie beruht dabei nicht zuletzt auf dem Engagement der Bürgerrechts- und Demokratiebewegungen in Ost und West, in dem eine Wurzel unserer Partei liegt.“

„Eine moderne Bürgerrechtspartei muss die Rechte der Bürgerinnen und Bürger nicht nur gegen Zugriffe des Staates verteidigen und schützen, sondern auch gegenüber mächtigen nichtstaatlichen wirtschaftlichen Akteuren sichern.“

„Bündnisgrüne Politik steht in der Tradition des Rechtsstaatsliberalismus, in der den Freiheits- und Verfahrensrechten ein hoher Rang zukommt. Die Freiheits- und Bürgerrechte sichern als Abwehrrechte gegen den Staat die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.“

Grüne Grundüberzeugungen sind weder verhandelbar, noch verkäuflich.

1. Die Gesetzesvorhaben werden von nahezu allen Natur- und Umweltschutzverbänden entschieden abgelehnt:

<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-wer-sich-nicht-an-umweltrecht-halten-moechte-schraenkt-das-klagerecht-ein/>  
<https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/politik/weser-vertiefung-klage-verbot-100.html>  
<https://www.naturfreunde.de/finger-weg-von-der-verbandsklage-fuer-natur-und-umweltschutzverbaende>  
<https://www.dnr.de/presse/pressemitteilungen/pm-2019/genehmigungsbeschleunigung/>  
<https://www.ufu.de/stellungnahme-zum-gesetzesentwurf-zur-vorbereitung-der-schaffung-von-baurecht-durch-massnahmengesetz-im-verkehrsbereich/>  
[https://www.ufu.de/wp-content/uploads/2016/10/Stellungnahme\\_DNR\\_UfU\\_DUH\\_Genehmigungsbeschleunigungsgesetz\\_10-2019.pdf](https://www.ufu.de/wp-content/uploads/2016/10/Stellungnahme_DNR_UfU_DUH_Genehmigungsbeschleunigungsgesetz_10-2019.pdf)  
<https://www.nabu.de/news/2018/07/24831.html>

1. Auch von unabhängigen Juristen, grünen Politikern und Bloggern werden schwere Bedenken gegen Scheuers Gesetze geäußert:

<https://verfassungsblog.de/rechtsschutz-gegen-verkehrsprojekte-als-stoerfaktor-einer-politik-der-maximalen-beschleunigung/>  
<https://www.mittelbayerische.de/politik-nachrichten/bahnausbau-kommen-anlieger-zu-kurz-21771-art1845759.html>  
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=56213>

1. Das BMVI wird durch das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Maßnahmengesetz zu ändern. Das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz ist ein Trojanisches Pferd, durch nachträgliche Änderung der Projektliste kann das BMVI jederzeit die Voraussetzung schaffen, damit auch andere Infrastrukturvorhaben wie Straßen, Autobahnen, Flughäfen, Kraftwerke und andere industrielle Anlagen per Maßnahmegesetz beschlossen werden.
2. Das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (1991), die Verkehrsmaßnahmengesetze (1993), das Gesetz zur Beschleunigung von Planverfahren zu Infrastrukturvorhaben (2006), das Planungsvereinheitlichungsgesetz (2013), das Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz (2018) sowie die beiden jetzigen Gesetzesentwürfe sind von der Vorstellung geleitet, dass sich die Planung, die Genehmigung und der Bau eines Projekts allein dadurch beschleunigen ließe, indem den Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden ihre Rechte nimmt.

Wie wenig effektiv die „Beschleunigungsgesetzgebung“ ist, zeigt sich beispielhaft an den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit, die im Jahr 1991 vom Bundestag beschlossen wurden: viele Projekte wurden verspätet realisiert oder sind auch bis heute, nach mehr als 25 Jahren, noch nicht fertig.

Im Verkehrsinvestitionsbericht 2016

[https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/verkehrsinvestitionsbericht-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/verkehrsinvestitionsbericht-2016.pdf?__blob=publicationFile)

sind zahlreiche Gründe für Projektverzögerungen detailliert aufgelistet, von verzögert abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarungen, Bauzeiten von über 15 Jahre bis zu verspätetem Baubeginn bis zu 10 Jahren nach rechtskräftigem Planfeststellungsbeschluss.

Der Europäische Rechnungshof hat in seinem Sonderbericht über das europäische Hochgeschwindigkeitsschienennetz (TEN-T)

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR19\\_06/SR\\_High\\_Speed\\_Rail\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR19_06/SR_High_Speed_Rail_DE.pdf)

den Planern ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt:

„Seit dem Jahr 2000 hat die EU 23,7 Milliarden Euro in Infrastruktur für den Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr investiert. Statt eines realistischen langfristigen EU-Plans für den Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr gibt es einen unwirksamen Flickenteppich aus Strecken der einzelnen Mitgliedstaaten. Diese sind nicht gut miteinander verknüpft, weil die Europäische Kommission nicht über die rechtlichen Instrumente oder Befugnisse verfügt, um die Mitgliedstaaten dazu zu zwingen, die vereinbarten Strecken zu bauen... Die Nachhaltigkeit ist gering, den Investitionen fehlt es an Wirksamkeit, und der EU-Mehrwert ist bei drei von sieben fertiggestellten Strecken mit geringen Fahrgastzahlen gefährdet. So besteht ein hohes Risiko, dass EU-Kofinanzierungsmittel in Höhe von 2,7 Milliarden Euro unwirksam verwendet werden.“

1. Das Argument der Beschleunigung des Klimaschutzes durch diese Gesetze wird von der GroKo als ungläubwürdige Ausrede mißbraucht, um einen Kahlschlag bei den Mitwirkungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten von Bürgern und Umwelt- und Naturschutzverbänden durchzuführen. Verfahrensbeschleunigung

ist aber auch ohne Beschneidung von Rechten möglich. Dazu hat der z.B. BUND ein Konzept vorgelegt: [https://www.stephankuehn.com/fileadmin/user\\_upload/180604\\_Dr\\_Werner\\_Reh\\_BUND\\_Vorschlaege\\_Oeffentlich\\_Zur\\_Beschleunigung\\_Verbesserung\\_und\\_Legitimation\\_von\\_Planungen.pdf](https://www.stephankuehn.com/fileadmin/user_upload/180604_Dr_Werner_Reh_BUND_Vorschlaege_Oeffentlich_Zur_Beschleunigung_Verbesserung_und_Legitimation_von_Planungen.pdf)

### **weitere Antragsteller\*innen**

Susanne Höpler (KV Ebersberg); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Reinhard Oellerer (KV Ebersberg); Angie Weber-Streibl (KV Böblingen); Tanja Paschek (KV Rhein-Hunsrück); Helga Stieglmeier (KV Erding); Joachim Schätzle (KV Böblingen); Andreas Roll (KV Rhein-Hunsrück); Thomas Mütze (KV Aschaffenburg-Stadt); Ulli Frank-Mayer (KV Erding); Petra Herter (KV Böblingen); Hans-Michael Fürst (KV Dahme-Spreewald); Cornelia Epple (KV Böblingen); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Anke Remus (KV Ebersberg); Stefan Brandes (KV Oder-Spree); Helmut Obermaier (KV Ebersberg); Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald); sowie 3 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.